

Linke stimmen Haushalt zu

Dialog zwischen den Bürgern, den Parteien und der Verwaltung soll erreicht werden

In der Haushaltsdiskussion am 27.02.08 stimmte die Linke dem vorgelegten Haushalt zu. Der Fraktionsvorsitzende Alfredo Förster sagte: „Die Linke akzeptiert nicht, dass mit dem Verweis auf leere Kassen Arbeitsplätze, Bildungschancen und soziale Leistungen auf der Strecke bleiben. Es bedarf klarer Positionen zur Konsolidierung des kommunalen Haushalts. Ich könnte dabei keine Position mittragen, die da heißt, das ginge uns nichts an, das haben andere zu verantworten. In der Konsequenz muss es allen Fraktionen gemeinsam darum gehen, wieder Gestaltungsspielräume in der Kommunalpolitik zu gewinnen. Deswegen heute ein klares „Ja“ zum Haushalt und die Bereitschaft zur Haushaltskonsolidierung, dieses allerdings auf der Grundlage eines ausgereiften Konzeptes.“

Förster war aber nicht mit allen Gesichtspunkten des Haushaltes einverstanden. Besonders kritisierte er das Haushaltssicherungskonzept (HSK): „Die Linke stellt nach 2-monatiger Diskussion fest, dass es der Verwaltung von den 43 im HSK 2008 aufgeführten Maßnahmen lediglich bei 17 gelungen ist, eine zeitliche und gar nur bei 7 Konsolidierungsmaßnahmen eine wertmäßige Untersetzung anzuzeigen. 29 Positionen, d.h. mehr als 2/3 der im Konzept enthaltenen Maßnahmen sind unserer Meinung nach als Vorhaben für ein HSK sogar ungeeignet. Darunter finden sich die Ausführungen zur Reduzierung des Zuschusses der Verbraucherzentrale (A20), die Zuschussreduzierung an den ÖPNV durch einen steuerlichen Querverbund im TWB (A8) oder die Senkung des Unterhalts der Freibadestellen durch private Bewirtschaftung (A11).“

Besonders wichtig war den Linken, dass mit dem Haushalt eine Kostenreduzierung der Schülerspeisung für einkommensschwache Familien erreicht wurde. Dazu Förster: „Dies unterstreicht den sozialen Anspruch, den sich die Stadt mit ihrer HH-Politik auch in den kommenden Jahren, d.h. auch nach der Kommunalwahl im September 2008 - erhalten sollte“.

Die „Notlage“, in der sich Brandenburg an der Havel befindet, hat aus Sicht der Linksfraktion allerdings weniger mit der alleinigen Betrachtung der Schuldenhöhe

als dem generellen Ungleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben in der Kommune zu tun. Natürlich müssten die Verbindlichkeiten der Stadt Brandenburg an der Havel abgebaut werden, die heute allein im HH-Plan zu jährlichen Zinslasten von fast 5 Millionen Euro führen. Um dies zu erreichen, schlug Förster unter anderem ein Nachdenken über die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes vor. Er favorisierte eine Anhebung um 30 Punkte von 350% auf 380%.

Eine weitere Möglichkeit, den sinnvollen Einsatz von knappen Mitteln zu organisieren, ist nach Ansicht der LINKEN die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Die Ziele des Bürgerhaushaltes bestehen in dessen Transparenz und der Stärkung des Dialoges zwischen den Bürgern, den Parteien und der Verwaltung sowie der Einbringung von Bürgeranregungen in den Haushalt. Um dies zu realisieren, könnte nach Försters Meinung über den Haushalt und die ablaufenden Prozesse durch Bürgerversammlungen, Internetforen, Amtsblatt, Tageszeitungen und in einer Broschüre informiert werden. Zudem sollen die Bürger auf den Bürgerversammlungen ihre Anregungen und Wünsche in ihrer Kompetenz als „Experten vor Ort“, in ihrem Wohnviertel oder ihrem Stadtteil einbringen. Alfredo Förster unterstrich, dass die LINKE weiterhin für soziale Gerechtigkeit und eine kluge Kommunalpolitik auch in Brandenburg an der Havel ringen wird. I. Schulz

Inhalt

- 1 Linke stimmen Haushalt zu
- 2 Kinderschutz: durch Grundgesetzänderung ins öffentliche Bewusstsein
- 3 Aus für Gappert und Auth mit Zustimmung der Linken
- 3 Kostenlose Parkplätze bald Mangelware?
- 4 Mit einer Abfindung nach Hause geschickt worden
- 5 Das „Z-Winkelphänomen“
- 5 Gleichberechtigung der Frau nicht durchgesetzt
- 6 „Spuren der Macht“
- 7 Gibt es einen neuen Kapitalismus?

Kinderschutz: durch Grundgesetzänderung ins öffentliche Bewusstsein

Wer Kinderschutz will, darf sich Kinderrechten nicht verweigern

Ein Land mit Kindern ist ein Land mit Zukunft. In den letzten Wochen wurde in Deutschland viel über unsere Kinder und Jugendlichen gesprochen – nur leider nicht mit ihnen. Das muss sich ändern und manch anderes auch. Die Sorgen, Nöte und Ängste der Kinder sollten in das öffentliche Bewusstsein der Gesellschaft rücken. Aber auch die Rechte unserer Jüngsten müssen klar definiert und vor allem verankert werden. Das bedeutet für mich, Kinderrechte müssen in das Grundgesetz. Damit werden gesetzgeberische Entscheidungen zugunsten des Kindeswohls beeinflussbar.

Die deutsche Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, machte Anfang Dezember 2007 den Schutz der Kinderrechte zur Chefsache in der Union. Wie wirkte sich das im praktischen politischen Handeln aus? Erst beschloss der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion, einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz nicht mitzutragen. Dann weigerten sich die unionsgeführten Länder beim Kindergipfel von Bund und Ländern, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Ein Skandal! Das straft alle Behauptungen der Kanzlerin Lügen und zeigt mir, dass Deutschland noch weit davon entfernt ist, ein kinderfreundliches Land zu sein. Diese ablehnende Haltung der CDU/CSU-Fraktion ist für mich nicht hinnehmbar.

Kinder brauchen innerhalb unserer Gesellschaft einen höheren [rechtlichen] Stellenwert. Nicht ohne Grund hat deshalb die Kinderkommission alle Mitglieder des Deutschen Bundestages aufgefordert, sich an der Initiative zur Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz zu beteiligen. Zahlreiche Abgeordnete haben einen ähnlichen gemeinsamen Aufruf von UNICEF Deutschland, dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Deutschen Kinderschutzbund mit ihrer Unterschrift unterstützt. Wer Kinderschutz will, darf sich Kinderrechten nicht verweigern. Politiker, die eine Politik des Hinsehens fordern, werden unglaubwürdig, wenn sie notwendige Schritte nicht unternehmen. Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz wäre ein erster solcher Schritt. Er ist wichtig, damit Staat und Gesellschaft das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen, damit Kinder als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt und die Förderung sowie der Schutz für Kinder verbessert werden und damit Kinder gehört und beteiligt werden, wenn es um ihre Belange geht.

Kinderschutz braucht aber mehr als nur die Verankerung im Grundgesetz. Ein zuverlässiger Kinderschutz erfordert eine Reihe von Aktivitäten. Hierbei kann die Vorsorgeuntersuchung nur ein Teil eines Programms sein. DIE LINKE fordert schon lange Netzwerkstrukturen, die da ansetzen, wo Kinder und ihre Familien sind. Nur eine effektive Zusammenarbeit von flächendeckenden Kinderbetreuungsangeboten, Jugendämtern, Vereinen und Verbänden als Träger der freien Jugendhilfe, von Beratungsangeboten, Kinderärzten und Hebammen kann für betroffene Kinder und deren Familien die nötige Hilfe und Unterstützung bieten.

Aber, und das wurde einmal mehr bei den Diskussionen vergessen, die Länder und Kommunen brauchen Unterstützung von Bund und Ländern, um das notwendige Netzwerk und vorsorgender Jugendhilfe enger zu knüpfen. Bisher wurden sie allein gelassen. Hier sehe ich die vornehmliche Aufgabe des Staates, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern zu gewährleisten. Deshalb müssen Kommunen finanziell in der Lage versetzt werden, die dafür notwendigen Netzwerke aufzubauen. Dazu gehören personell gut ausgestattete Jugendämter mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso wie Kitas für alle Kinder und offene Freizeitangebote.

Diana Golze, MdB

6. Kinder- und Familienfest zum Internationalen Kindertag im Waldcafé

Am 1. Juni findet zum 6. Mal unser Kinder- und Familienfest anlässlich des Internationalen Kindertages statt. Wie jedes Jahr bereiten die BO Görden 1 Der Linken, die Gruppen der Volkssolidarität und Diana Golze dieses Fest für unsere Kinder, Mütter, Väter und Großeltern vor. Kinder aller Hautfarben und Nationalitäten sollen das Programm selbst gestalten und gemeinsam feiern. Für das Gelingen des Festes brauchen wir Ihre Hilfe, liebe Leserinnen und Leser. Wir brauchen ehrenamtliche Helfer, die Kinder schminken und unsere Stände besetzen. Wir brauchen Preise für unsere Kinder. Es werden Süßigkeiten, Kinderbücher, Bastelmaterial, Plüschtiere, Buntstifte und Malbücher gebraucht. All diese Dinge können im Waldcafé bei der Volkssolidarität oder in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE abgegeben werden. R. Musehold

Aus für Gappert und Auth mit Zustimmung der Linken

Linke will Untersuchungsausschuss

Dem Chef des städtischen Bauhofes und früheren FDP-Baubeigeordneten Hans-Joachim Gappert und dem technischen Leiter Klaus-Peter Auth wurde wegen des Verdachtes auf Untreue und der nachhaltigen Schädigung des Bauhofes fristlos gekündigt. CDU, Linke und Gartenfreunde sahen die Entlassung beider städtischer Angestellter als unerlässlich, da dem Baubetriebshofleiter und seinem Stellvertreter durch die Verwaltungsspitze eine Vielzahl von Vorwürfen gemacht wurde. Nicht alle rechtefertigten jeweils für sich genommen eine fristlose Kündigung. Nach Abzug dieser Vorwürfe blieben schwere Vorwürfe im Bereich der Kassenführung im Raum, die nach Auffassung der Linksfraktion eine Verdachtskündigung notwendig machte. Natürlich galt die Unschuldsvermutung. Das Urteil bleibt dem Strafverfahren vorbehalten.

Eine weitere Zusammenarbeit mit leitenden Mitarbeitern, die unter dem begründeten Verdacht stehen, die Kasse in strafbarer Weise nicht ordnungsgemäß zu führen, ist laut Pressesprecher

Osterburg nicht vorstellbar.

Die Diskussion in der SVV zeigte allerdings auch, dass die Zustände im Baubetriebshof der Stadt Brandenburg insgesamt überprüft werden müssten. Die Verfehlungen der Herren Gappert und Auth geschahen nicht im luftleeren Raum. Die ihnen gemachten Vorwürfe bedürfen der Aufklärung und der Nachprüfung, ob und wie weitere Personen im Eigenbetrieb oder darüber hinaus daran beteiligt waren. Die Kündigungen der Herren Gappert und Auth dürfen kein

Schlussstrich sein. Diese einschneidende Maßnahme ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Vorwürfe umfassend und allseitig aufgeklärt und Missstände abgestellt werden.

DIE LINKE prüft deshalb, ob die Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zur Untersuchung notwendig und geeignet ist. Sie wird den Auftrag eines solchen Ausschusses formulieren und mit den anderen Fraktionen in der SVV prüfen, ob sich dafür eine Mehrheit finden lässt. I. Schulz

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Kostenlose Parkplätze bald Mangelware?

Auf Brandenburgs Autofahrer kommt da eine Sache zu, deren Auswirkungen noch gar nicht zu überblicken sind. Der Beigeordnete Michael Brandt (CDU) kündigte an, dass es Änderungen in der Parkraum-Bewirtschaftung in der Innenstadt geben wird, und dass noch in diesem Jahr – Hintergrund dieser Maßnahme sind zusätzliche Parkplätze. Dabei wird die Parkgebührenordnung überarbeitet. Private Unternehmer könnten Parkhäuser errichten, aber da müssten dann natürlich gebührenfreie Parkplätze in der gesamten Umgebung völlig wegfallen. Vielleicht ist auch vorgesehen, die Parkgebühren zu erhöhen und sich damit dem

allgemeinen Trend anzuschließen. Da es lt. Herrn Brandt außerdem als Hauptziel darum geht, die Unfallzahlen zu verringern, stellt sich die Frage, ob Parkplätze für manchen unbezahlbar werden sollen, dadurch weniger Autos die Stadt befahren, damit auf diese Weise eine Verkehrsberuhigung erreicht wird.

Da dieser ganze Vorgang bereits in diesem Jahr wirksam werden soll, werden wir auf diese Fragen in absehbarer Zeit Antwort erhalten.

Ob es uns gefällt, dass ist eine ganz andere Sache!

Edith Altenkirch

Mit einer Abfindung nach Hause geschickt worden

Interview mit Peter Lange, Mitglied im Stadtvorstand DIE LINKE.

Brandenburg an der Havel

Redaktion: Peter, Du bist neu in den Stadtvorstand „DIE LINKE“ gewählt worden. Würdest du Dich kurz für unsere Leser vorstellen?

Peter Lange: Ich wurde am 02.02.1945 auf der Flucht von Breslau nach Brandenburg in Plaue geboren. Wo genau, weiß ich nicht. Meine Mutter hatte Glück im Unglück, denn die sowjetische Kommandatur hat uns in Plaue das Nötigste gegeben, so dass ich in der schweren Zeit überleben konnte. Nach der Schulzeit habe ich Schlosser, später Industriekaufmann gelernt. Bei der Bahn habe ich einen Meisterlehrgang für Maschinenfahrzeug-Technik absolviert. Durch den Schrumpfungsprozess in der Wendezeit bin ich mit einer Abfindung nach Hause geschickt worden.

Redaktion: Wo wohnst Du jetzt?

Peter Lange: Ich bin in Plaue geboren und wohne immer noch hier. Plaue ist ja auch wunderschön.

Redaktion: Erzählst Du unseren Lesern auch etwas aus Deinem familiären Leben?

Peter Lange: Ich bin geschieden und alleinerziehender Vater von einer 17-jährigen Tochter und einem Sohn, der 19 Jahre alt ist. Er ist, wie viele junge Menschen in unserem Land arbeitslos.

Redaktion: Wie war Deine politische Entwicklung?

Peter Lange: Ich war überzeugter DDR-Bürger und Mitglied der SED. Mein Herz schlug links, deshalb glaubte ich, in der SPD, die richtige Partei zu finden. Also wurde ich von 1992-2003 Mitglied der SPD.

Redaktion: Warum bist Du aus der SPD ausgetreten?

Peter Lange: Die Agenda 2010 und die Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr haben mir den Rest gegeben. Mit so einer Partei, die so unsoziale und menschenfeindliche Politik macht, wollte ich nichts mehr zu tun haben. So wurde ich Mitbegründer der WASG und später Kreisvorsitzender dieser Partei.

Redaktion: Hast Du an der Vereinigung von PDS und WASG mitgewirkt und wenn ja, warum?

Peter Lange: Die Vereinigung von WASG und PDS zur Partei DIE LINKE war für mich der einzig richtige Weg, um eine starke linke Kraft den bürgerlichen Parteien in Deutschland entgegen zu setzen. Es ist wichtig, für die sozial schwachen Menschen da zu sein und stark zu sein gegenüber den herrschenden Politikern und der imperia-

listischen Klasse.

Redaktion: Welche Aufgaben stellst Du Dir im Stadtvorstand der Partei DIE LINKE in Brandenburg an der Havel?

Peter Lange: Ich möchte die Ideen der ehemaligen WASG in die Strategie mit einbringen. Das ist sehr schwer, weil nicht gerne gesehen. Grundsätzlich gibt es aber keine Widersprüche.

Redaktion: Könntest Du unseren Lesern, dass konkreter erklären. Welche Ideen möchtest Du verwirklicht sehen?

Peter Lange: Wir ehemaligen WASGler sind zum Beispiel gegen die Frauenquotierung. Es geht manchmal um die Gleichberechtigung der Männer. Ich bin nicht gegen Frauen. Aber wenn es um die Qualität in der Leitungstätigkeit geht, sollte man nicht auf einen qualifizierten Mann verzichten, nur um die Quotierung einzuhalten. Es gibt auch verschiedene Ansichten

zwischen Leitung und Basis. Ideen der Basis müssten mehr beachtet werden. Die Anbieterungsversuche zur SPD sollte man unterlassen. Mit einer Partei wie der SPD, die Kriege unterstützt, sollte man keine Politik machen.

Redaktion: Meinst Du, Du könntest Deine Ziele im Vorstand verwirklichen?

Peter Lange: Ja, ich kannte alle Mitglieder des Vorstandes vorher. Ich komme mit allen neu gewählten Vorstandsmitgliedern gut aus und bin davon überzeugt, dass wir eine effektive linke Politik für Brandenburg, für unsere Menschen machen werden.

Redaktion: Was sagst Du zu den Wahlergebnissen für die Partei DIE LINKE in den alten Bundesländern?

Peter Lange: Ich habe mich sehr gefreut. Endlich sind wir da hingekommen und haben im Westen Fuß gefasst. Etwas traurig bin ich über die Wähler im Westen, die trotz Agenda 2010 und weiteren Sozialabbau immer wieder SPD und CDU wählen. Wenn es zur Zusammenarbeit mit der SPD kommen sollte nach dem Wahlkampf – dann auf gleicher Augenhöhe und nicht als Vasall der SPD.

Redaktion: Vielen Dank für das Interview.

Übrigens: Peter Lange ist seit dem 12. Februar 2008 Vorsitzender der Basisorganisation (BO) Kirchmöser Das Interview führte: Rosi Musehold, Mitglied der AG Redaktion „Havelbrandung“



Das „Z-Winkelphänomen“

Für den ehrlichen Bürger bleibt der fade Beigeschmack

Rechte und Pflichten sind elementare Größen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in diesem Lande, ebenso die Vorbildfunktion von Menschen des öffentlichen Lebens. Gerade die Eliten sollten sich dessen bewusst sein. Geht es um Besitz und Vermehrung monetärer Mittel, scheint dies in Vergessenheit zu geraten. Doch auch die Steuerzahlung zählt zu den Pflichten. Jenen gesetzlich verankerten Regularien muss jeder Bürger, relativ zu seinem Einkommen, folgen.

Großverdienern werden großzügige Ausnahmen gewährt, wie der in den „Zwangsruhestand“ gegangene Postchef beweist. Trotz klarer Gesetzgebung scheinen die zuständigen Behörden die Augen bei der Kontrolle der entsprechenden Steuerunterlagen zu verschließen; mit zwei Effekten. Dem Staat entgehen die Steuereinnahmen der Wohlhabenden und gleichermaßen geht von der Situation ein Signal an die aufrichtigen Steuerzahler aus, in dem die Frage nach der eigenen (Steuer-)Ehrlichkeit mitschwingt.

Wenn nun die Besserverdienenden ihren Pflichten nicht nachkommen, warum dann man selbst?

Die Resultate der Überlegungen sind aus den Medien hinlänglich bekannt: Unverständnis, Irritation und Übertragung des Sachverhaltes auf die eigene Situation. Allein die Vermittlung des Verständnisses für die Notwendigkeit von Abgaben (gerade bei Großverdienern) scheint den Staat vor unlösbare Probleme zu stellen. Interessanterweise sehen die Politiker der regierenden Parteien die Aufdeckung der Identität der Steuerbetrüger als einen großen Erfolg, auch wenn dafür auf Steuergelder und den Einsatz eines der „ultrademokratischsten“ Organe überhaupt (Bundesnachrichtendienst) zurückgegriffen werden musste, um Selbstverständlichkeiten aufzudecken.

Für den ehrlichen Bürger bleibt der fade Beigeschmack auf dem monatlichen Lohnstreifen und die Kenntnis eines neuen Synonyms für Steuerhinterziehung: des „Z-Winkelphänomens“.

I. Schulz

Gleichberechtigung der Frau nicht durchgesetzt

Gedanken zum Internationalen Frauentag 2008

Clara Zetkin wurde 1857 geboren und lebte bis 1933. Wer war sie? Sie zählte zu den Frauen, die zu den bedeutendsten Personen der deutschen Arbeitsbewegung zählte. Clara Zetkin setzte sich viel für die internationale Frauenbewegung ein. Ihr Ziel war die Befreiung der Frau und deren Beteiligung am politischen Kampf. Sie war der Meinung, dass die Frauen in der sozialistischen Gesellschaft emanzipiert sind. Außerdem war sie eine entschlossene Kämpferin für den Frieden.

Ihr haben wir auch den Frauentag als Internationalen Frauentag, als Kampf und Würdigungstag der Frau zu verdanken. Sind ihre Forderungen für die Frauen Geschichte und der Internationale Frauentag überholt? Nein keines Falls, die Forderungen sind aktueller denn je. Noch immer auch 2008 ist die Gleichberechtigung der Frau nicht durchgesetzt. Frauen verdienen immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauen werden zur Prostitution gezwungen, geschlagen und gequält. Auch Frauenhäuser in Deutschland könnten so manches trauriges Lied singen. Aber wir haben doch eine deutsche Kanzlerin, erkennen sie nicht wie fortschrittlich wir sind? Ja wir haben Frau Merkel als

Kanzlerin, eine Politikerin unter vielen männlichen Kollegen. Kann man die Probleme der Frau 2008 lösen? Das wäre zwar sehr schön, aber die Realität in Deutschland sieht anders aus. Die Medien schreien es uns jeden Tag zu: Mütter bringen ihre Kinder um, weil sie von ihren Männern dazu gezwungen werden, oder weil sie nicht in der Lage waren ihr Kind zu ernähren und zu versorgen. Frauen werden diskriminiert und beruflich, national und familiär ausgegrenzt. Und das 2008! Nura Abdi erzählt in ihrem Buch „Tränen im Sand“, wie Mädchen im Alter von vier Jahren beschnitten werden. Das war ein grausames, jedoch für Afrikanerinnen auch 2008, übliches Ritual. Manche Mädchen werden in Asien und Afrika gleich bei der Geburt getötet, weil sie „minderwertige Menschen“, nämlich Mädchen sind. Clara Zetkin ist nicht überholt, ihr Kampf um die Gleichberechtigung der Frau und ihr Friedenskampf ist auch 2008 notwendig. Wir gratulieren allen Frauen und Mädchen zum Internationalen Frauentag und wünschen Ihnen viel Kraft und Mut, um die Ziele unserer Zeit durchzusetzen.

Rosi Musehold

„Spuren der Macht“

Die ständige Wiederholung und das Erinnern ist unser Kampf gegen das Vergessen

Am Mittwoch, dem 13. Februar 2008, wurde um 18.00 Uhr im Bürgerhaus die Ausstellung eröffnet. Mehr als 50 Gäste waren gekommen, um zu sehen und zu hören.

Die Ausstellungseröffnung nahm die Beigeordnete für Kultur und Soziales der Stadt Brandenburg an der Havel, Frau Birgit Hübner, mit einleitenden Worten vor. Der Genossin Hübner und ihren Arbeitskollegen ist es zu verdanken, dass diese Ausstellung im Bürgerhaus zum festgelegten Termin eröffnet werden konnte.

Dafür möchte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) der Stadt Brandenburg nochmals herzlich danken.

Mit einem Ständchen von Schülern der Musikschule wurde die Eröffnungsveranstaltung eingeleitet.

Danach berichtete Frau Frenzel, Mitglied der Haveländer Autorengruppe über Erinnerungen aus der Endphase des Krieges.

Im Anschluss ergriff der ehemalige Rektor der Humboldt-Universität Berlin und jetziger Vorsitzender der VVN-BdA in Deutschland, Prof. Heinrich Fink, das Wort. Er wies darauf hin, dass uns der Künstler mit seiner Ausstellung auf Spurensuche führt. Wir sollen uns erinnern, was in den Jahren 1933 – 1945 geschah – auch in unserer Stadt.

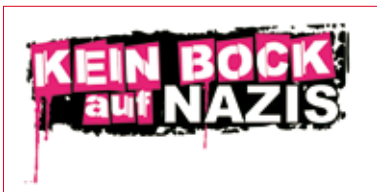
Erinnern ist immer Rückfrage, wer hat danach was, warum, wofür getan und nur durch die Erinnerung kommt man in einen Lernprozess hinein, um Probleme zu verstehen und zu lösen.

Die Bilder des Künstlers zeigen eindringlich, welche entsetzlichen „Spuren der Macht“ man hinterlassen kann. Rassen- und Größenwahn in einer Kombination mit Machtgier und Expansionspolitik sind die Wurzeln eines jeden faschistischen Systems, das immer nur die eigene Bereicherung Einzelner und Gruppen auf Kosten von Völkern und ganzer Erdteile betreibt. Wenn wir uns emotional auf die Toten und Schrecken der faschistischen Vergangenheit einlassen, hat das auch die Auseinandersetzung mit den kleinen Wiederholungen der Gegenwart zu Folge. Und natürlich auch den Wunsch nach einer Veränderung der Gesellschaft ohne Krieg und Gewalt.

Der Neofaschismus in Gestalt der NPD, der DVU, der Republikaner und von Kameradschaften hat sich aufgemacht, die Köpfe, die Kommunen und die Parlamente zu erobern.

Die Leugnung der historischen Schuld des Faschismus und des deutschen Volkes wird gekoppelt mit intolerantem Auftreten gegenüber Andersdenkenden, Andersaussehenden und Andersauftretenden mit Menschenverachtung und Gewalt.

Wir müssen selber erkennen, warum in Deutschland wieder Judenwitze erzählt werden, warum es Hetzschriften gibt und müssen auch selbst verändern. Auch schon deswegen, weil sich in der Öffentlichkeit Anzeichen bemerkbar machen, die darauf



hindeuten, dass Deutschland sechzig Jahre nach dem Krieg die Kriegsschuld abgetragen hat. Nach dem Motto „Der Regen von gestern, macht uns heute nicht mehr nass“ soll die Vergangenheit ausgeblendet – vergessen werden. Doch die ständige Wiederholung und das Erinnern ist unser Kampf gegen das Vergessen.

Weil das beste Mittel gegen ein Erstarken des Neofaschismus nicht nur der Antifaschismus ist, sondern eine wirkliche und wehrhafte Demokratie, besteht die wirksamste Erinnerung an das Grauen nicht nur darin, andere zu fragen, wie es war, sondern sich selber, die Frage zu stellen, wie es in der gegenwärtigen Gesellschaft oder in der Stadt Brandenburg ist.

Diese Ausstellung ist als Bildungsinstrument, insbesondere für Schüler geeignet. Sie vermittelt geschichtsträchtiges und zeigt zugleich, wie man persönlich Erlebtes künstlerisch gestalten kann.

Der Künstler, Herr Barneck, der die Ausstellung selbst aufgebaut hat, gab kurze Erläuterungen zum Thema und zum Inhalt. Er zeigte sich hochofrenet über die Anwesenheit vieler Brandenburger. Während des Rundganges durch die Ausstellung gab es viel Diskussionsstoff.

Alle waren sich einig in der Erkenntnis: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“. Uns als Vertreter der VVN-BdA fügen wir hinzu: Eine Welt des Friedens, der Demokratie und der Völkerverständigung ist unser Ziel.

Alfons Wichterei, Mitglied der VVN-BdA

Gibt es einen neuen Kapitalismus?

Es ist unbedingt notwendig, das Problembewusstsein eines jeden Einzelnen zu schärfen

Diese Frage stand im Mittelpunkt der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg am 21. Februar 2008 im Fontaneclub. Prof. Dr. Günter Krause, Ökonom aus Berlin, referierte darüber, ob der Markt das alles Entscheidende in der Entwicklung ist und inwiefern dieses eine neue Form des Kapitalismus darstellt. Anhand von verschiedenen Kriterien versuchte Herr Prof. Krause die eingangs gestellte Frage zu beantworten.

Die Globalisierung und Durchsetzung eines Marktradikalismus innerhalb des wirtschaftlichen Lebens ist ein Charakteristikum für die Wandlung des Kapitalismus. Als Beispiel dafür nannte der Referent insbesondere den verstärkten Rückbau des Sozialstaates. Immer mehr Güter und Dienstleistungen werden der Radikalität des Marktes überantwortet.

Des Weiteren vollzieht sich ein Übergang zu einem finanzdominierten Akkumulationsregime. Im Mittelpunkt stehen kurzfristige Renditeerwartungen, die zunehmend über Spekulationsgewinne realisiert werden. Es erfolgt eine Entkoppelung von produktivem und Finanzkapital.

Wir können von einer Ökonomie der Enteignung und sozialen Desintegration sprechen.

Das zeigt sich insbesondere in der zunehmenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Polarisierung der Eigentums- und Vermögensverteilung sowie einer zunehmenden Verelendung von Bevölkerungsschichten.

Die Wiederbelebung der Geopolitik, der globale Kampf um Einflussphären und wirtschaftliche Ressourcen, auch mit militärischen Mitteln, stellen ein weiteres Merkmal für eine neue Form des Kapitalismus dar. Aktuelle Beispiele sind die Militäreinsätze im Irak und Afghanistan. Die Medien (Presse, Funk und Fernsehen) beeinflussen die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft in entscheidendem Maße.

Das veränderte Demokratieverständnis im Sinne einer wachsenden Entdemokratisierung und die Beschränkung von Bürgerrechten sind ein weiteres Kriterium des „neuen Kapitalismus“.

Nicht zuletzt stellen die akute Gefährdung und Zerstörung der Umwelt und der damit verbundene

Klimawandel ein weiteres wichtiges Charakteristikum des heutigen Kapitalismus dar.

Alle von Herrn Prof. Dr. Krause genannten Merkmale sind Bestandteile des heute existierenden Kapitalismus. Somit kann die zu Beginn gestellte Frage mit einem „Ja“ beantwortet werden.

Welche Schlussfolgerungen sind aus diesem gesellschaftlichen Prozess zu ziehen bzw. welche Alternativen bestehen zum bestehenden Gesellschaftssystem?

Nach Ansicht von Prof. Krause besteht die Notwendigkeit, anders zu produzieren und zu konsumieren. Dies beginnt schon im täglichen Leben (Kauf von regionalen Produkten der Saison). Dazu ist es unbedingt notwendig, das Problembewusstsein eines jeden Einzelnen zu schärfen (ökonomische Aufklärung). Dies wiederum kann nur eine langfristige Aufgabe sein.

Für die Politik bedeutet dies zum Beispiel eine Umsteuerung auf erneuerbare Energien und die verstärkte Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen. Eine andere Schlussfolgerung aus der momentanen Entwicklung ist eine Änderung der politischen und gesellschaftlichen Denkweise in Richtung Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung muss demnach die ökonomische, ökologische und soziale Komponente beinhalten. Alle drei Bereiche müssen als Einheit betrachtet werden.

Der Vortrag hat den knapp 30 Zuhörern sehr deutlich gemacht, dass der Markt nicht das „Allheilmittel“ für die Gesamtentwicklung der Gesellschaft ist und sein kann.

Prof. Krause sagte treffend dazu: „Es kann etwas ökonomisch sinnvoll, aber auf lange Sicht schädlich sein“.

Eine friedliche Gestaltung der Globalisierung erfordert den Austausch von Interessen unter gleichberechtigten Partnern. Nur ein solcher Politikansatz kann eine Möglichkeit der Veränderung in eine andere Richtung sein.

Man kann schon gespannt sein auf die nächste Veranstaltung am 20. März 2008, wenn es um den Einfluss des Staates auf das Wirtschaftssystem geht.

K. Huch

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Die Havelbrandung ist die Monatliche Zeitung des Stadtverbandes der Linken in Brandenburg an der Havel mit einer Auflage von 2500 Stück. Wir informieren hierin über Geschehnisse in unserer Stadt und darüber hinaus aus unserer Sicht. Unter der Nummer 03381/224744 können Sie die Havelbrandung nach Hause bestellen.

René Kretzschmar
Vorsitzender



Termine

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE am 10.03.08 und 25.03.08, jeweils 18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Osterfrühstück, 19.03.08 von 9.30 Uhr-11.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Stadtvorstandssitzungen 27.03.08, 18.00 Uhr in der Geschäftsstelle

AG Politische Bildung, 19.03.08 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle

AG Stadtentwicklung, 17.03.08, 18.00 Uhr in der Geschäftsstelle

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung: 20.03.08, 17.00 Uhr, Fontaneclub
Thema: „Die sichtbare Hand oder wieviel Staat braucht die BRD - zur Verantwortung der Politik im Wirtschaftsleben des Gemeinwesens“
Gast: Prof. Günter Krause (Berlin)

Wir gratulieren allen unseren Mitgliedern und Sympathisanten, die in diesem Monat Geburtstag haben, und wünschen ihnen alles Gute!

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.dielinke-stadt-brb.de

E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel
V.i.s.d.P.: René Kretzschmar

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss: 30. März 2008